

Piraten

23.02.2018

An:
Frau Bürgermeisterin Leidemann

ggf . Nummer

- Antrag** gemäß
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: AWSF/Rat**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeisterin
- Ausschussvorsitzender d.
AWSF
- SPD-Fraktion
- CDU-Fraktion
- Fraktion Bündnis 90 / Die
Grünen
- Fraktion bürgerforum
- Fraktion DIE LINKE.
- Fraktion Solidarität für Witten
- FDP-Fraktion
- Fraktion WBG
- Piraten
- WITTEN DIREKT
- Pro NRW
- fraktionslose Ratsmitglieder
- Integrationsrat
-

Betreff

Änderungsantrag zu „Digitalisierungsstrategie für die Smart City Witten“

Inhalt/Begründung (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

1. Nach dem ersten Absatz wird eingefügt:

„Ziele der Digitalisierungsstrategie sollen dabei sein:

- Größtmögliche Transparenz und Offenheit der Stadtverwaltung (Open Government).
- Schaffung von mehr offenen Daten und Förderung der Nutzung dieser Daten durch Bevölkerung und Verwaltung.
- Schaffung neuer Möglichkeiten der Partizipation der Einwohner über das Internet.
- Der bestmögliche Schutz personenbezogener und vertraulicher Daten.
- Die schrittweise Erhöhung des Anteils Freier Software (Open Source) in der Stadtverwaltung.
- Digitale Dienstleistungsangebote und deren Qualität ständig ausbauen.
- Mehr freies und kostenloses WLAN im Stadtgebiet.
- Echter Breitbandausbau für alle Einwohner schon deutlich vor dem Jahr 2025 (Gigabit-City Witten).“

2. Der Satz „Oder es ist zu prüfen, ob gegebenenfalls der Bereich eGovernment diese Aufgabe übernehmen kann, um sich auf die zukunftsweisende Digitalisierung zu konzentrieren.“ wird gestrichen.

3. Die Stadtverwaltung wird gebeten, eine Stellenbeschreibung für die Digitalisierungsbeauftragte/den Digitalisierungsbeauftragten zu erstellen und sie im Rat zur Abstimmung zu bringen, bevor die Stelle besetzt wird. Diese Stellenbeschreibung soll insbesondere die Kompetenzen und Aufgaben dieser Stelle definieren.

Begründung:

zu 1.: Wir begrüßen den Antrag von SPD und CDU, vermissen allerdings konkrete Ziele, die durch eine zu formulierende Digitalisierungsstrategie erreicht werden sollen.

zu 2.: Das eGovernment ist bereits mit zahlreichen Aufgaben gut ausgelastet. Wir wollen nicht, dass Mitarbeiter, die sich bereits um das Thema Digitalisierung während ihrer gesamten Arbeitszeit bemühen, einfach nur einen zusätzlichen Titel erhalten und sich ansonsten nichts ändert.

zu 3.: Bevor eine solche Stelle geschaffen wird, sollte klar sein, welche Kompetenzen und Aufgaben sie haben soll. Dies sollte auch in den politischen Gremien beraten werden.

gez.

Roland Löpke
(Fraktionsvorsitzender PIRATEN)

Stefan Borggraefe
(Ratsmitglied PIRATEN)